P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 18.02.2016
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173.

Anwesend:

Vorsitzende

Olbricht, Jutta

Mitglieder

Dierker, Annalena

Funke, Petra

Grothaus, Ludwig

Vertretung für Herrn Düssler

Haskamp, Clemens Dr.

Jakob, Georg

Laermann, Reimund

Lüchtfeld, Johanna

Noureldin, Nabil Dr.

Ruthemeyer, Christoph

Schmechel, Peter

Schmeing-Purschke, Ulrike

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Happe, Cordula

Leiterin FB III

Pohlmeyer, Michael

Leiter Abt. 40

Hornstein, Anton

Städt. Architekt

Protokollführer

Dreier, Michael

Hinzugewählte

Malinowski, Andra

Reinhardt, Mark

Schomäker, Andre

Wickel, Ulrike

Fehlende Mitglieder

Düssler, Frank

Vertreten durch Herrn
Grothaus

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/01/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 21.01.2016
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Sportförderung
3.2.	Sportlerehrung 2015
3.3.	Sprachlernklasse an der Regenbogenschule
3.4.	Öffnungszeiten der Abteilung für Soziales
3.5.	Schulhofsanierung Regenbogenschule
3.6.	Dachsanierung Alte Wanne
3.7.	Wasserschaden Michaelisschule
3.8.	Unterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge
3.9.	Feuchtigkeitsschäden Regenbogenschule
4.	Anfragen - Stabsstelle des Bürgermeisters - Kultur
5.	Kindergartensituation 2016 / 2017 - Sachstandsbericht
6.	Neubau der Kindertagesstätte Haus der kleinen Füße - Sachstandsbericht
7.	Einsatz einer Hauswirtschaftskraft in den Kindertagesstätten - Verteilung der Finanzmittel Vorlage: BV/026/2016
8.	Gesamtkonzept zur Gestaltung des Areals (Frei- und Spielfläche sowie Verkehrsfläche) der Grundschule am Harderberg, der Kindertagesstätte St. Johannes Vianney und der Sportanlagen Vorlage: BV/036/2016
9.	Richtlinie über die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses - Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE Vorlage: MV/015/2016

- 10. Beantwortung von Anfragen
- 10.1. Umsatzsteuerpflichtigkeit bei der Zahlung von Aufwandsentschädigungen an die Sportvereine
- 11. Anfragen
- 11.1. Beteiligung der Sportvereine an den Kosten der Flutlichtbeleuchtung
- 11.2. Elternbefragung zur Schulstruktur
- 11.3. Betteln an Haustüren
- 11.4. Stadtgutscheine

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Olbricht eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 04.02.2016 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt die Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte.

Zu Tagesordnungspunkt 6 möchte Herr Wilde vom Kirchenvorstand der ev.-luth. Lutherkirchengemeinde, zu Tagesordnungspunkt 7 Herr Weber vom Elternbeirat der AWO-Kindertagesstätte Holzhausen und zu Tagesordnungspunkt 8 Herr Bensmann vom SV Harderberg gehört werden.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/01/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 21.01.2016

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig bei einer Enthaltung gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/01/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 21.01.2016 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Sportförderung

Im Haushaltsjahr 2015 sind für die Sportförderung nach Richtlinien 180.000 € veranschlagt worden, von denen 145.000 € in Priorität 1 und 35.000 € in Priorität 2 eingestuft waren.

In der Sitzung am 10.09.2015 ist über die Freigabe weiterer Mittel der Priorität 2 beraten worden. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Verwaltung nicht abschließend einschätzen, ob die freigegebenen Haushaltsmittel für die Bedienung aller Sportförderanträge auskömmlich sind.

Nach Bearbeitung aller Anträge aus 2015 ist festzustellen, dass die Fördersumme die Mittel von 145.000 € um 7.500 € überschreitet. Da diese Mittelüberschreitung aus dem Budget des FB III (Minderausgaben für die Sportlerehrung und Mehreinnahmen im Rahmen der Schulpflichtverletzung) gedeckt werden kann, werden alle vorliegenden Sportförderanträge entsprechend den Richtlinien bewilligt.

3.2. Sportlerehrung 2015

Die Sportlerehrung wird am 29.04.2016 um 19.00 Uhr im Saal Niedersachsen stattfinden. Die Sportvereine sind über die neuen Richtlinien informiert und gebeten worden, sowohl Sportlerinnen und Sportler zur Ehrung vorzuschlagen als auch VereinsvertreterInnen für das Gremium zur Auswahl der zu ehrenden Sportlerinnen und Sportler.

3.3. Sprachlernklasse an der Regenbogenschule

Die Stadt Georgsmarienhütte hatte zum 01.02.2016 die Einrichtung einer Sprachlernklasse an der Regenbogenschule bei der Landesschulbehörde beantragt. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Landesschulbehörde hat jetzt die Regenbogenschule erneut aufgefordert, die Einrichtung einer Sprachlernklassen zum 01.08.2016 zu beantragen. Dazu ist der Schulträger aufgefordert eine Stellungnahme abzugeben.

Die Stellungnahme des ersten Antrages wurde daraufhin aktualisiert, mit neuen Zahlen belegt und wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

3.4. Öffnungszeiten der Abteilung für Soziales

Aufgrund eines personellen Engpasses durch Langzeiterkrankung und einer vakanten Stelle mussten die Öffnungszeiten in der Abteilung für Soziales vorübergehend eingeschränkt werden. Bis auf weiteres hat die Abteilung von Montag bis Freitag nur noch vormittags in der Zeit von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr geöffnet.

3.5. Schulhofsanierung Regenbogenschule

Mit Schreiben vom 13.02.2016 hat die CDU Alt-Georgsmarienhütte beantragt, die Schulhofsanierung der Regenbogenschule noch in 2016 zum Abschluss zu bringen und zu diesem Zweck neben den im Haushalt hierfür zur Verfügung stehenden 50.000 € weitere 150.000 € aus dem Fond für Bürgerprojekte einzubringen. Das Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

3.6. Dachsanierung Alte Wanne

Von der unteren Denkmalschutzbehörde beim Landkreis Osnabrück liegt mittlerweile die denkmalrechtliche Genehmigung für die geplante Dachsanierung vor. Derzeit ist noch das Ergebnis eines Antrages auf Fördermittel aus dem europäischen Fond für Regionalentwicklung (EFRE) beim Amt für Regionalentwicklung abzuwarten.

3.7. Wasserschaden Michaelisschule

Durch eine Undichtigkeit am Dachanschluss eines innen liegenden Regenfallrohrs ist Feuchtigkeit in das Mauerwerk eingedrungen. Die Undichtigkeit ist provisorisch beseitigt und der Feuchtigkeitsschaden damit behoben worden. Eine dauerhafte Beseitigung der Ursache erfolgt im Rahmen der beschlossenen Gesamtsanierung der Michaelisschule.

3.8. Unterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge

Die vorgesehenen Aus- und Umbauten vorhandener Räume befinden sich im Zeitplan. Die Elemente der Gemeinschaftsunterkünfte für den Standort Kolpingstraße befinden sich derzeit in der Werksmontage. Mit einem Aufbau und damit einer planmäßigen Fertigstellung kann bis Ende März gerechnet werden.

3.9. Feuchtigkeitsschäden Regenbogenschule

Im Kellergeschoss des Verwaltungstraktes und im Erdgeschoss des westlichen Klassentraktes der Regenbogenschule gibt es Feuchtigkeitsprobleme durch Wasser, das durch die schadhafte Isolierung des Mauerwerks eindringt. Hier wird mittelfristig eine umfangreichere Sanierung durch Freilegung und Erneuerung der Isolierung notwendig.

4. Anfragen - Stabsstelle des Bürgermeisters - Kultur

Es wurden keine Anfragen gestellt.

5. Kindergartensituation 2016 / 2017 - Sachstandsbericht

Fachbereichsleiterin Frau Happe verweist auf detaillierte Ausführungen in einem schriftlichen Sachstandsbericht, der dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass rechnerisch alle Kinder im Kindergartenbereich in Georgsmarienhütte einen Platz bekommen können. Im Kinderkrippenbereich gibt es noch eine rechnerische Deckungslücke von 44 Kindern, die aber über Angebote der Tagespflege abgedeckt werden könnte.

Voraussetzung sei jedoch, dass

- die Vormittagsgruppe im Edith-Stein-Haus als Außenstelle der Kindertagesstätte St. Maria Kloster Oesede mit 20 Kindergartenplätzen,
- die Nachmittagskrippengruppe in der AWO-KiTa Holzhausen, und
- die Kindertagesstätte St. Georg mit vier Kindergartengruppen und zwei Krippengruppen

im kommenden Kindergartenjahr fortgeführt werden.

Da bei allen vorgenannten Gruppen die Mindestauslastungsquote von 75 % erreicht wird, hat der Bürgermeister entsprechend der Beschlusslage über die Abgrenzung der Zuständigkeiten seine Zustimmung zur Fortführung erteilt.

Die Kindertagesstätte St. Georg hatte geplant, nach Abschluss der Sanierungs- und Umbauarbeiten zum 01.08.2016 die Kindertagesstätte nur mit drei statt bisher vier Kindergartengruppen weiterzuführen. Da die vorgenannte Fortführung der 4. Kindergartengruppe auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt erfolgt, wurde vereinbart, dass die Stadt ggf. auch die Elternbeiträge für unbelegte Plätze dieser Gruppe trägt.

6. Neubau der Kindertagesstätte Haus der kleinen Füße - Sachstandsbericht

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Wilde vom Kirchenvorstand der ev.-luth. Lutherkirchengemeinde das Wort. Herr Wilde erläutert dem Ausschuss die aktuelle zeitliche Planung für den Bau des neuen Gemeindehauses und der anschließenden Freistellung des Grundstücks für den neuen Kindergarten. Derzeit laufen die vorbereitenden Arbeiten für den Bau des neuen Gemeindehauses. Mit den Bauarbeiten soll am 01. März begonnen werden. Soweit die Bauarbeiten planmäßig verlaufen, ist für den 31.12.2016 der Umzug der Kirchengemeinde aus den bisherigen Räumen in das neue Gemeindehaus vorgesehen. Gleichzeitig würde auch der Kindergarten aus seinem jetzigen Gebäude ausziehen. Somit könnte Anfang Januar 2017 mit den Abrissarbeiten der Altbauten für den Bau des neuen Kindergartens begonnen werden.

Ab 01.08.2016 wird der Kindergarten als zweigruppige Einrichtung mit zwei Kindergartengruppen fortgeführt. Für die Zeit bis zur Fertigstellung wird der Kindergarten in freien Räumen in der Regenbogenschule untergebracht. Das Raumangebot ist hierfür auskömmlich und auch die Mittagsverpflegung kann über die Mensa der Schule gewährleistet werden. Eine Elternversammlung zu diesem Vorhaben hat bereits stattgefunden.

Der städtische Architekt Herr Hornstein ergänzt die Ausführungen von Herrn Wilde mit dem Hinweis, dass der Architekt Niehenke aus Hagen a.T.W. mittlerweile beauftragt wurde, den Architektenwettbewerb zur Mehrfachbeauftragung zu betreuen. Es ist vorgesehen, Ende Juli 2016 das Auswahlgremium zur ersten Sitzung einzuladen. Für dieses Gremium sind noch Mitglieder durch die Ratsfraktionen (Zwei Vertreter der CDU-Fraktion und je ein Vertreter der Gruppe SPD/DIE LINKE sowie der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen) zu benennen.

Nach dem Abriss der alten Gebäude im Januar 2017 und der Vorbereitung des Baugrunds soll dann planmäßig im April 2017 mit dem Bau des neuen Kindergartens begonnen werden. Die Bauzeit ist abhängig von der Größe und Struktur des Bauwerks. Eine Fertigstellung noch in 2017 ist jedoch ausgeschlossen. Dies bedeutet, dass die bewilligten Zuschüsse aus dem Förderprogramm des Landes nicht mehr in Anspruch genommen werden können, da hierfür der Kindergarten bis zum 31.12.2017 fertig gestellt sein müsste.

In Bezug auf den notwendigen Umzug des bestehenden Kindergartens während der Bauphase stellt Herr Hornstein klar, dass eine Bauweise wie in Harderberg, wo zunächst am alten Kindergarten angebaut wurde und dann nach dem Umzug der Kindergartengruppen der Altbau zur Krippe umgebaut wurde, hier nicht möglich ist. Der Zuschnitt des Baugeländes und die Notwendigkeit, ausreichend Bewegungsfläche für die Kinder auch im Außenbereich vorzuhalten, lässt eine zeitgleiche Baumaßnahme an selber Stelle nicht zu.

7. Einsatz einer Hauswirtschaftskraft in den Kindertagesstätten - Verteilung der Finanzmittel

Vorlage: BV/026/2016

Zu Beginn der Sitzung wurde ein Antrag der Gruppe SPD/DIE LINKE zum Verteilungsschlüssel als Tischvorlage verteilt.

Herr Weber vom Elternbeirat der AWO-Kindertagesstätte erhält zunächst die Gelegenheit sich zu diesem Tagesordnungspunkt zu äußern. Er erklärt, dass es für die Eltern wichtig wäre, sicher zu gehen, dass eine am Bedarf der Kindertagesstätte orientierte, verlässliche und gut organisierte Mittagsverpflegung durch bezahlte Fachkräfte im Kindergarten gewährleistet ist. Man befürworte daher die Bezuschussung der Betreuungskräfte nach dem Modell der Gruppe SPD/DIE LINKE.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass sowohl der Vorschlag der CDU-Fraktion aus ihrem Antrag vom 10.02.2016 als auch der heute eingegangene Vorschlag der Gruppe SPD/DIE LINKE haushaltsrechtlich zulässig und verwaltungstechnisch umsetzbar seien. Beide Modelle halten den vorgegebenen Rahmen von 100.000 € ein. Bei der Verteilung kommt es im Vergleich der beiden Modelle aber zu unterschiedlichen Beträgen für die einzelnen Kindergärten. Diese Unterschiede seien jedoch nicht sehr hoch, so dass insgesamt festgestellt werden kann, dass beide Modelle nah beieinander liegen.

Für die Verwaltung bleibe es wichtig, darauf acht zu geben, dass die Umsetzung nicht mit einem unnötig hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Dies sei eher beim CDU-Modell einer pauschalen Verteilung anhand der Gruppennzahlen gegeben. Beim Modell der Gruppe SPD/DIE LINKE nur dann, wenn die Bemessung an der Zahl der Kinder, die am jeweiligen Kindergarten an der Mittagsverpflegung teilnehmen, einmalig und stichtagsbezogen erfolgt.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer verweist darauf, dass der ursprüngliche Antrag der Gruppe SPD/DIE LINKE ein Volumen von 180.000 € hatte. Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist der Finanzrahmen dann auf 100.000 € vermindert worden. Die Gruppe SPD/DIE LINKE hat mit ihrem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel das von der Verwaltung in die Diskussion eingebrachte „Osnabrücker Modell“ aufgegriffen und auf dieser Basis die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt. Dieses ist aus Sicht der Gruppe die passgenaueste und gerechteste Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp kritisiert, dass der Verteilungsvorschlag der Gruppe SPD/DIE LINKE erst heute als Tischvorlage vorgelegt wird. Seiner Meinung nach sollten solche kurzfristig eingereichten Anträge gar nicht beachtet werden. Unabhängig davon hält er das Modell der CDU-Fraktion für gerechter, weil damit sichergestellt sei, dass alle Kindergärten eine Förderung anhand ihrer Größe erhalten und damit gleich behandelt werden.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer entgegnet, dass die Tischvorlage nur den Stand wiedergebe, der bereits im November 2015 im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert wurde und Grundlage der Berechnungen des Haushaltsansatzes gewesen ist. Insofern sei der Inhalt nicht neu.

Fachbereichsleiterin Frau Happe verdeutlicht am Beispiel der Kindergärten Lummerland und St. Marien die finanziellen Unterschiede der beiden Modelle. Lummerland mit 91 Kindern in der Mittagsverpflegung bei 6 Gruppen erhalte nach dem Modell der CDU-Fraktion 12.000 € und nach dem Modell der Gruppe SPD/DIE LINKE 15.000 €. St. Marien mit 43 Kindern bei 7 Gruppen nach dem CDU-Modell 14.000 € und nach dem Modell der Gruppe SPD/DIE LINKE 10.500 €. Angesichts des Gesamtumfangs der sonstigen Betriebskostenzuschüsse handelt es sich hier um sehr überschaubare Differenzen.

Aus Sicht von Ausschussmitglied Herrn Trimpe-Rüschemeyer zeige gerade dieses Beispiel jedoch, dass die an Gruppennzahlen orientierte Pauschale nach dem CDU-Modell ungerecht sei, da der Kindergarten mit 43 Kindern in der Mittagsverpflegung mehr Geld erhalte als der Kindergarten mit mehr als doppelt so vielen Kindern in der Mittagsverpflegung.

Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke spricht sich dafür aus, die Angelegenheit zur erneuten Beratung in die Fraktionen zurück zu verweisen und für die Sitzung des Fachausschusses im März zur abschließenden Beschlussfassung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Damit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

**8. Gesamtkonzept zur Gestaltung des Areal (Frei- und Spielfläche sowie Verkehrsfläche) der Grundschule am Harderberg, der Kindertagesstätte St. Johannes Vianney und der Sportanlagen
Vorlage: BV/036/2016**

Die Ausschussvorsitzende erteilt dem Einwohner Herrn Martin Bensmann das Wort, der zu diesem Tagesordnungspunkt gehört werden wollte.

Herr Bensmann ist Fußballobmann des SV Harderberg und verweist darauf, dass die heute zu beschließende Neugestaltung der Sport- und Freizeitanlage am Harderberg nicht nur ein Anliegen des SV Harderberg ist und in dessen Sinne erfolgt. Vielmehr sei es ein zentrales Element in der Stadtteilentwicklung. Viele Gruppen und Personen, nicht nur die Vertreter des Sportvereins, hätten in der Planerrunde zusammengearbeitet und einen wichtigen Schritt hin zu einer positiven Entwicklung des Stadtteils getan. Die Schaffung eines derartigen Zentrums und damit eines Treffpunktes für alle Einwohner des Stadtteils sei von besonderer Bedeutung. Das Beispiel Antoniuspark Holzhausen habe gezeigt, welche positiven Effekte ein solches Projekt haben kann. Er bittet den Ausschuss daher heute um Zustimmung zum Ergebnis der Planerrunde.

Ausschussmitglied Frau Funke, die in der Planerrunde mitgearbeitet hat, erklärt, dass sie im Prinzip auch mit dem Gesamtergebnis der Planerrunde zufrieden ist, jedoch nicht damit einverstanden sein könne, dass eines der Ergebnisse sei, dass der Schulhof der Grundschule zukünftig größtenteils als „Wendehammer“ für Autos genutzt werde. Sie werde sich daher heute der Stimme enthalten.

Es ergeht einstimmig bei zwei Enthaltungen folgende Beschlussempfehlung:

Das Gesamtkonzept zur Gestaltung des Areal (Frei- und Spielfläche sowie Verkehrsfläche) der Grundschule am Harderberg, der Kindertagesstätte St. Johannes Vianney und der Sportanlagen wird in der am 17.12.2014 von der Planerrunde verabschiedeten Fassung des Entwurfsplans beschlossen.

Da mit der formalen Beschlussfassung über die Umsetzung des Sanierungs- und Umgestaltungskonzeptes die Voraussetzungen geschaffen worden sind, um die endgültige Wiedererrichtung der vorübergehend demontierten Flutlichtmasten am Tennenplatz umzusetzen, soll auch dies formal beschlossen werden.

Es ergeht daher einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Nach in Kraft treten des Haushalts stehen 38.000 € für die Wiedererrichtung der Flutlichtmasten am Tennenplatz in Harderberg zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Errichtung in Übereinstimmung mit dem beschlossenen Gesamtkonzept zu sorgen.

9. Richtlinie über die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses
- Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE
Vorlage: MV/015/2016

Ausschussmitglied Herr Schmechel begründet kurz aus seiner Sicht die Notwendigkeit einer Änderung des Georgsmarienhütter Familienpasses. Die Förderkulisse sei einzig auf den Bedarf von einkommensschwachen Familien mit Kindern zugeschnitten. Sozialpolitisch sei es aber auch notwendig, Personen in den Blick zu nehmen, die keine Kinder haben und ebenfalls einkommensschwach sind. Dazu zählen insbesondere Rentnerinnen und Rentner. Intention des Antrags sei es daher, die Formulierungen derart anzupassen, dass auch diese in den Genuss der Vergünstigungen kommen können. In Bezug auf Familien mit Kindern und Alleinerziehende müsste auch die Altersbeschränkung für anspruchsberechtigte Kinder von 16 Jahren aufgehoben werden. Stattdessen sollten Kinder zum berechtigten Personenkreis gezählt werden soweit und solange die Sorgeberechtigten einen Kindergeldanspruch für sie haben. Die Änderungen in diesem Sinne hätten dann zur Folge, dass nicht mehr von einem Familienpass gesprochen werden könne. Daher sollte dieser dann auch in „Georgsmarienhütte-Pass“ als Sozialpass für alle anspruchsberechtigten Leistungsempfänger umbenannt werden.

Fachbereichsleiterin Frau Happe führt zu den beantragten Änderungen aus, dass es aus Sicht der Verwaltung zunächst der politischen Grundsatzentscheidung bedarf, ob diese freiwillige Leistung weiterhin als Familienförderung oder als Sozialförderung gewährt werden soll. Eine Ausweitung der zu fördernden Personengruppe führt zu einer erhöhten Anspruchsberechtigung. Allerdings sei es wichtig darauf hinzuweisen, dass es, anders als bei der Sportförderung, keine Möglichkeit gibt, Anträge wegen fehlender Haushaltsmittel abzulehnen. Der Besitz des Familien- bzw. Sozialpasses löst Leistungsansprüche aus, die von der Stadt dann unabhängig von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zu leisten sind. Die von der Verwaltung überschlägig im Rahmen der Haushaltsberatungen schon einmal kalkulierten, zusätzlichen Mittel, die durch eine Ausweitung der Anspruchsberechtigten erforderlich wären, sind aber in den Haushalt ausdrücklich nicht eingestellt worden. Insofern kämen im Falle einer Änderung der Richtlinien auf die Stadt in 2016 entsprechende überplanmäßige Mehrausgaben zu.

Wenn eine Änderung gewollt sei, komme es aus Sicht der Verwaltung aber darauf an, diese auch mit einer Vereinfachung der zum Teil recht komplizierten Berechnungs- und Bewilligungspraxis zu verbinden und eine Gleichstellung von Einkünften aus Sozialleistungen und Erwerbseinkommen bei der Ermittlung der Anspruchsberechtigung zu erreichen. Dies sei in der jetzigen Richtlinie nicht gegeben.

Bevor aber über derartige Detailfragen diskutiert werde, sollte der Fachausschuss zunächst ein Votum abgeben, ob man mit dem Wechsel von einer Familien- hin zu einer Sozialförderung grundsätzlich einverstanden sei und ob die Fördertatbestände bei Familien einkommensabhängig bleiben sollen oder eine Förderung ausschließlich an der Zahl der Kinder fest gemacht werden soll.

Während sich die Ausschussmitglieder einmütig dafür aussprechen, auch weiterhin die Leistungen einkommensabhängig zu gewähren, ist die Haltung des Fachausschusses zur grundsätzlichen Ausrichtung nicht eindeutig.

So spricht sich Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp dafür aus, den Familienpass so zu belassen wie er ist. Er habe ein lange Geschichte und sich in dieser langen Zeit mit kleinen Änderungen als sozialpolitisches Instrument zur Förderung einkommensschwacher Familien bewährt.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer hätte vor einer endgültigen Beschlussfassung von der Verwaltung gern erfahren, welche Personengruppen in welchem Umfang die

einzelnen Leistungen des Familienpasses in Anspruch nehmen und wie sich eine Änderung entsprechend des eingebrachten Antrages auswirken würde.

Aufgrund der offenen Fragen plädiert Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke dafür, die weiteren Beratungen auf die nächste Sitzung des Fachausschusses zu verschieben und sich bis dahin in den Fraktionen eingehend mit den Zahlen der Verwaltung entsprechend der Bitte von Ausschussmitglied Herrn Trimpe-Rüschemeyer zu befassen.

Damit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

10. Beantwortung von Anfragen

10.1. Umsatzsteuerpflichtigkeit bei der Zahlung von Aufwandsentschädigungen an die Sportvereine

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer hatte sich in der Sitzung des Fachausschusses am 21.01.2016 erkundigt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass die Sportvereine die Zahlung der Stadt als Aufwandsentschädigung für die Pflege der Grünanlagen an den Sportplätzen beim Finanzamt versteuern müssten und was hierzu unternommen werden könnte.

Der zuständige Abteilungsleiter Herr Pohlmeier hat dazu eine kurze Zusammenfassung der aktuellen Rechtslage verfasst, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

11. Anfragen

11.1. Beteiligung der Sportvereine an den Kosten der Flutlichtbeleuchtung

Ausschussmitglied Frau Funke fragt nach, ob es zutrifft, dass die Sportvereine sich nicht mehr an den Kosten der Flutlichtbeleuchtung der Sportplätze beteiligen müssten.

Antwort der Verwaltung:

Dies trifft zu. Im Rahmen der Neufassung der Sportförderrichtlinie ist die Flutlichtbeleuchtung als Teil der städtischen Sportanlage gewertet worden. Nach Punkt 5.1 der Richtlinie ist die Nutzung dieser Sportanlagen für die Sportvereine kostenfrei. Damit ist Grundlage für die bisher geforderte Kostenbeteiligung entfallen.

11.2. Elternbefragung zur Schulstruktur

Ausschussmitglied Herr Schmechel fragt nach dem Sachstand hinsichtlich der vom Rat der Stadt geforderten Elternbefragung des Landkreises zur zukünftigen Schulstruktur.

Antwort der Verwaltung:

Wie bereits in früheren Sitzungen des Fachausschusses berichtet, ist der Beschluss des Rates an den Landkreis Osnabrück weitergeleitet worden. Dieser hat darauf geantwortet, dass erst im Herbst 2016 an diesem Thema weitergearbeitet werde und bis dahin nichts unternommen wird. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

11.3. Betteln an Haustüren

Ausschussmitglied Frau Lüchtefeld berichtet, dass vor Kurzem eine angeblich rumänische Frau an ihrer Haustür um eine Spende gebettelt habe und dazu einen Ausweis vorzeigte, der den Anschein erweckte, dass dies behördlich erlaubt und genehmigt sei. Sie fragt an, ob tatsächlich solche Genehmigungsausweise von der Kommunalverwaltung ausgestellt würden.

Antwort der Verwaltung:

Derartige Ausweise existieren nicht.

11.4. Stadtgutscheine

Ausschussmitglied Frau Lüchtefeld weist darauf hin, dass Schreibwaren Fröse den Verkauf von Stadtgutscheinen eingestellt habe. Als Begründung habe man ihr gegenüber geäußert, dass der Aufwand zu hoch gewesen sei und es von Seiten der Stadt keine Wertschätzung für diesen Aufwand gegeben habe. Bei der Sparkasse habe man ihr ebenfalls berichtet, dass der Aufwand recht hoch sei. Es sollte daher darüber nachgedacht werden, ob man sich nicht gegenüber den Ausgabestellen in irgendeiner Art und Weise für den Aufwand erkenntlich zeigen könnte.

Antwort der Verwaltung:

Die Anregung wird an das zuständige Stadtmarketing weitergeleitet.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Olbricht
Vorsitz

Happe
i. A. Bürgermeister

Dreier
Protokollführung